

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dirk Herber (CDU)

### Linksextremismus in Kandel

Nach Sicht des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat sind autonome Gruppierungen mit namentlichem Bezug auf den „Antifaschismus“ grundsätzlich gewaltorientiert oder sogar gewaltbereit. Die öffentlichkeitswirksame Darstellung der Gruppierungen, gegen rechtsextremistische Bestrebungen zu demonstrieren, sei oft nur täuschende Fassade, hinter der sich der tatsächliche „antifaschistische Kampf“ gegen das staatliche Gewaltmonopol und die freiheitliche demokratische Grundordnung verberge. Im Zuge von Demonstrationen in Kandel, infolge der Ermordung der 15jährigen „Mia“ durch einen afghanischen Asylbewerber, kam es vermehrt zu Ausschreitungen durch Linksextremisten. So wurden beispielsweise sieben Beamte und 14 Versammlungsteilnehmer am 24. März 2018 bei der Veranstaltung „Wir sind Kandel“ u. a. durch von Linksextremisten geworfene Pyrotechnik verletzt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung durch Aktivitäten von Linksextremisten in und um Kandel ein?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Gefährdung des staatlichen Gewaltmonopols durch Aktivitäten von Linksextremisten in und um Kandel ein?
3. Wie schätzt die Landesregierung die Gewaltbereitschaft der Linksextremisten in und um Kandel ein?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Einstufung von autonomen Gruppierungen, deren Namen Bezug zum Antifaschismus nehmen, als gewaltorientiert bzw. gewaltbereit?
5. Wie beurteilt die Landesregierung die Vereinbarkeit von Demokratie und Antifaschismus?
6. Inwiefern ist für die Landesregierung die gemeinsame Teilnahme von Mitgliedern der Landesregierung und dem staatlichen Gewaltmonopol feindlich gegenüberstehenden Linksextremisten an Demonstrationen mit der freiheitlichen Grundordnung vereinbar?

Dirk Herber